

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Robert Laimer, Genossinnen und Genossen
betreffend „Auf Basis der immerwährenden Neutralität: Neue Sicherheitsstrategie für Österreich!“

eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend "Ein Jahr russischer Angriffskrieg in der Ukraine – Wie sichern Sie Österreichs Freiheit und Sicherheit von Putins Russland, Herr Bundeskanzler!"

Die von der Bundesregierung am 1. März 2011 vorgelegte österreichische Sicherheitsstrategie wurde im Nationalrat am 3. Juli 2013 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Team Stronach beschlossen; sie gilt nach wie vor als Handlungsanleitung für unsere umfassende österreichische Sicherheitspolitik.

In den letzten Jahren haben sich die aktuellen und absehbaren Rahmenbedingungen für die Sicherheit Österreichs und der Europäischen Union jedoch grundlegend geändert, wie die aktuelle Kriegssituation in der Ukraine, aber auch die Corona-Pandemie zeigen.

Dabei müssen sicherheitspolitische Risikobilder und -bewertungen sowie zukünftige Handlungsanleitungen für Österreichs Sicherheitspolitik neu gedacht werden. So ist beispielsweise die Aussage, dass „konventionelle Angriffe gegen Österreich auf absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden sind“, aus heutiger Sicht überarbeitungswürdig.

Die sicherheitspolitische Situation in Europa hat sich durch den Krieg in der Ukraine nicht verbessert. Der Klimawandel und auch die Corona-Pandemie haben ebenfalls weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Staat. Österreich muss auf absehbare, aber auch neue Entwicklungen gut und professionell vorbereitet sein, damit im Ernstfall rasch und effektiv reagiert werden kann. Diesem Anspruch muss Österreichs Sicherheitspolitik – basierend auf der immerwährenden Neutralität – wie in der Vergangenheit auch künftig entsprechen. Wir haben uns mit dieser verpflichtet, keinem Bündnis beizutreten, keine fremden Truppen im eigenen Land zu stationieren und uns an keinem Krieg zu beteiligen.

In einem völkerrechtswidrigen Krieg eine Kriegspartei mit nichtmilitärischen Mitteln zu unterstützen, stellt keinen Widerspruch zur Verfassung und dem Völkerrecht dar, denn es gibt es keine moralische Neutralität und Gesinnungsneutralität, aber eine militärische Neutralität, die als Instrumentarium für Friedenspolitik genutzt werden sollte.

Gegenwärtig rufen unterschiedliche Akteure auf, die Neutralität aufzugeben. Andere wiederum sehen Österreich in Europa isoliert und fordern den Schutz durch die NATO. Diese kurzsichtigen Positionen berücksichtigen jedoch nicht die gesamte Dimension der Sicherheitsgestaltung in Europa. Der strategische Mehrwert der Neutralität Österreichs als Instrumentarium für die Sicherheit Österreichs sowie Gesamt-Europas ist unbestritten, die Neutralität bietet jedoch viel mehr Vorteile. So konnte sich Österreich als Amtssitzland internationaler Organisationen etablieren, internationaler Organisationen, die zu einem Großteil der Friedenssicherung dienen und das Ansehen Österreichs in der Welt heben.

All diese Fragen müssen unter Einbindung aller relevanten staatlichen Akteure umfassend diskutiert, die notwendigen Schlüsse daraus abgeleitet und diese schlussendlich solidarisch umgesetzt werden.

Der neue, gleichzeitig historische Anspruch der Zweiten Republik muss dabei erhalten bleiben: Umfassende Sicherheit bedeutet, dass äußere und innere sowie zivile und militärische Sicherheitsaspekte aufs Engste verknüpft sind. Sie geht über den Rahmen der klassischen Sicherheitsressorts hinaus und schließt Instrumente der Wirtschafts-, Sozial-, Integrations-, Entwicklungs-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Finanz-, Verkehrs- und Infrastruktur-, Bildungs-, Informations- und Kommunikations- sowie der Gesundheitspolitik ein.

Integrierte Sicherheit muss auf eine Arbeitsteilung unter den involvierten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren achten. Sicherheit ist sozusagen als Gesamtpaket zu verstehen. Proaktive Sicherheitspolitik heißt darauf hinzuwirken, dass Bedrohungen bestmöglich gar nicht entstehen, sollten sie dennoch auftreten, muss durch eine vorausschauende, aktive Gestaltung aller Sicherheitsaspekte ein eventueller Schaden möglichst gering gehalten werden.

Zehn Jahre nach Beschluss der österreichischen Sicherheitsstrategie ist es an der Zeit, diesen Anspruch der aktiven Gestaltung der Sicherheit für alle Österreicherinnen und Österreicher für die nächste Dekade umzusetzen.

Deshalb stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die österreichische Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, werden daher aufgefordert aktiv – unter Einbeziehung der im Parlament vertretenen Parteien – die Erarbeitung einer neuen Sicherheitsstrategie einzuleiten, die sowohl eine Perspektive für die Sicherheitspolitik des neutralen Österreich im europäischen Kontext weiterentwickelt und wie in der Vergangenheit proaktive Sicherheitspolitik zum Schutz Österreichs und seiner Menschen leistet. Dabei muss jedenfalls eine Teilung der Welt in Machtblöcke und Einflussbereiche vermieden werden, wie dies der russische Diktator Putin anstrebt, da dies den Interessen sowohl Europas wie auch der übrigen freien Welt Schaden zufügt.“

Melvin Admon
(LAIFER)

Peter Böck
(BAYR)

R. Silber
(SILBERS)

C. Ecker
(Comelia ECKER)

R. Fink
(FINKNER)